



## CDU/CSU, FDP und Grüne sind Parteien der Wohlhabenden und Besserverdiener

CDU/CSU, FDP und Grüne sind Parteien der Wohlhabenden und Besserverdiener  
Je höher das Einkommen, desto größer die Anhängerschaft von Union und FDP - Umgekehrtes Bild bei SPD und Linken - Grüne Steuerpläne würden eigene Anhänger treffen  
Die Anhängerschaft von CDU/CSU und FDP nimmt mit steigendem Einkommen zu: In der Gruppe der einkommensstärksten zehn Prozent haben die aktuellen Regierungsparteien mit 55 Prozent eine klare Mehrheit unter den Parteianhängern. Eine aktuelle Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt zudem, dass Besserverdiener und Wohlhabende auch überdurchschnittlich stark den Grünen zuneigen. Für SPD und Linke ergibt sich hingegen ein umgekehrtes Bild: Je geringer die Einkommen und Vermögen ausfallen, desto ausgeprägter ist die Anhängerschaft für diese beiden Parteien. "Angesichts dieser Zusammenhänge überrascht es nicht, dass die bürgerlichen Parteien höhere Reichensteuern ablehnen, während die Parteien des eher linken politischen Spektrums sie fordern", urteilen die DIW-Ökonomen Stefan Bach und Markus Grabka.  
Für die Studie haben die beiden Wirtschaftsforscher SOEP-Datensätze ausgewertet, die sowohl die Haushaltsnettoeinkommen und Vermögen als auch die Parteipräferenzen erfassen. Die große Fallzahl der Stichprobe erlaubt eine Auswertung bis zum reichsten einen Prozent der Bevölkerung. Die längerfristige und tiefergehende Parteineigung ist dabei nicht gleichzusetzen mit der sogenannten Sonntagsfrage, die die aktuelle politische Stimmungslage wiedergibt.  
Zusammenhang zwischen Parteibindung und Vermögen noch stärker  
Der Zusammenhang zwischen dem Einkommen und der Parteibindung ist besonders stark bei der FDP: So bekennen sich von den einkommensschwächsten 20 Prozent der Haushalte lediglich 3,4 Prozent zu den Liberalen, während es im oberen Zehntel der Einkommensverteilung 10,1 Prozent sind. Bei den Unionsparteien liegen die Werte bei 31,4 und 44,8 Prozent. Bei den oberen 10 Prozent fühlen sich gut 17 Prozent der Haushalte mit den Grünen verbunden. Das ist ein deutlich höherer Anteil an Anhängern als in den unteren und mittleren Einkommensgruppen (jeweils rund 12 Prozent) - der Anteil der Topverdiener unter den grünen Parteianhängern liegt damit auch deutlich über dem der FDP. Bei SPD und Linken fällt der Anteil der Parteianhänger von 33,7 beziehungsweise 12,9 Prozent bei den unteren 20 Prozent der Einkommensverteilung auf 23,4 beziehungsweise 2,9 Prozent bei den oberen zehn Prozent der Einkommensverteilung.  
Noch stärker als beim Einkommen ist der Zusammenhang zwischen der Parteibindung und dem Vermögen: Hier erreichen Union und FDP bei den reichsten zehn Prozent der Haushalte sogar eine Zustimmung von insgesamt rund 66 Prozent. Dies habe auch mit der Altersstruktur der Union-Anhänger zu tun, da mit steigendem Lebensalter gewöhnlich auch das Nettovermögen zunehme und gleichzeitig eher konservativ gewählt werde, erklärt DIW-Ökonom Markus Grabka.  
Steuerpläne der Parteien entsprechen ihrer Anhängerstruktur  
Die Ergebnisse sind auch vor dem Hintergrund der steuer- und finanzpolitischen Vorschläge der Parteien in den Bundestagswahlprogrammen interessant: Entsprechend ihrer vergleichsweise geringen Anhängerschaft unter Besserverdienern fordern SPD und Linke höhere Steuersätze im oberen Einkommensbereich, während CDU/CSU und FDP mit ihrem relativ hohen Anteil an Topverdienern dies ablehnen. Die Grünen nehmen eine Sonderstellung ein, wie DIW-Steuerexperte Bach erklärt: "Deren Pläne würden auch einen Teil der eigenen Anhängerschaft treffen, obwohl insgesamt nur die einkommensstärksten fünf Prozent der Haushalte nennenswert belastet würden." Da die Grünen-Anhänger aber relativ häufig im öffentlichen Dienst oder staatsnahen Bereichen wie der Wissenschaft beschäftigt seien, könnten sie ein höheres Interesse an leistungsfähigen Staatsfinanzen haben und Mehrbelastungen eher akzeptieren.  
Stichwort SOEP  
Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie in Deutschland. Das SOEP ist am DIW Berlin angesiedelt und wird als Teil der Forschungsinfrastruktur in Deutschland unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) von Bund und Ländern gefördert. Für das SOEP werden seit 1984 jedes Jahr vom Umfrageinstitut TNS Infratest Sozialforschung mehrere tausend Menschen befragt. Zurzeit sind es etwa 30.000 Befragte in mehr als 14.000 Haushalten. Die Daten des SOEP geben unter anderem Auskunft über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit. Weil jedes Jahr dieselben Personen befragt werden, können nicht nur langfristige gesellschaftliche Trends, sondern auch die gruppenspezifische Entwicklung von Lebensläufen besonders gut analysiert werden.  
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: +49 030/897 89 0  
Telefax: +49 (030) 897 89-200  
Mail: postmaster@diw.de  
URL: <http://www.diw.de>

### Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de  
postmaster@diw.de

### Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de  
postmaster@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.